

Visionen eines neuen Südens

Unterirdische Löhne, gravierende soziale Ungleichheit und die voranschreitende Zerstörung der Natur: Lateinamerika scheint in einer Abwärtsspirale gefangen. Doch Not macht erfinderisch, wie ein Pakt für eine bessere Zukunft beweist.

TEXT FRANK BRASSEL



In Europa fürchten viele Menschen angesichts diverser Krisen um ihre gesicherte Zukunft. Im Globalen Süden ist der soziale Überlebenskampf längst Alltag, nicht zuletzt aufgrund der massiven Ungleichheit. Das gilt insbesondere für Lateinamerika. Aus dieser Dringlichkeit heraus entstehen allerdings auch Visionen für eine gesellschaftliche Transformation.

Da tüftelt etwa der „Ökosoziale und Interkulturelle Pakt des Südens“ (Pacto Ecosocial e Intercultural del Sur) am Design einer anderen Welt. Gegründet wurde das Netzwerk von Intellektuellen aus acht Staaten Südamerikas. Es unterhält kein Büro,

sondern eine schlanke, rein virtuelle Struktur und widmet sich insbesondere der Schnittstelle zwischen Ökologie und Sozialem. Denn trotz aller Appelle und Umweltschutzmaßnahmen trocknet beispielsweise der Amazonas zunehmend aus. Auch seine Abholzung schreitet rapide voran, nicht zuletzt durch lokale Rinderexporteur:innen und milliardenschwere Investitionen in das Exportgeschäft durch die britische Barclays Bank. Und mit der Haut dieser Kühe werden dann unter anderem die Sitze europäischer Luxuslimousinen bespannt. Manchmal ist uns der Süden näher, als wir denken.

Extremwetter auf dem Vormarsch

In Ecuador verschärfte sich die ökonomische Krise zuletzt umweltbedingt: Während im Juni noch massive Überschwemmungen das Land heimsuchten, kam es im Oktober infolge einer Dürre und mangelhafter Energieplanung der Regierung zu Stromsperren von zehn Stunden am Tag. „Die ökologischen Krisen nehmen deutlich zu“, sagt Miriam Lang, Professorin für Politische Ökologie an der renommierten Anden-Universität Simón Bolívar in Quito und aktives Mitglied im Pacto. „Das hat für viele Menschen gravierende soziale Auswirkungen. Jobs gehen verloren, die landwirtschaftliche Produktion sinkt.“

Das Netzwerk fordert eine „ökosoziale Energiewende“ und die „Transformation des neoliberalen Weltwirtschaftssystems“. Dabei wird mit lokalen sozialen Bewegungen an Problemlösungen und grundlegenden Alternativen gearbeitet. „Ich verstehe den Pacto in der Tradition einer ‚revolutionären Realpolitik‘ im Sinne von Rosa Luxemburg (1871–1919, Anm. d. Red.): das Konkrete verbinden mit weitreichenden Veränderungsperspektiven“, sagt Politikwissenschaftler Ulrich Brand von der Universität Wien. „Anders geht es nicht.“

So fand das Jahrestreffen der Pacto-Mitglieder im April in der peruanischen Provinz Cusco statt, wo das Volk der K'ana gegen die gravierenden Folgen des Kupferbergbaus – vor allem durch den Schweizer Konzern Glencore – kämpft. Der Pacto sorgte für eine stärkere internationale Vernetzung und Aufmerksamkeit. Gefordert wurde neben der Entschädigung der bisherigen Opfer von Erkrankungen auch ein Weg raus aus dem Bergbau, der auf Kosten der lokalen Bevölkerung betrieben wird. Lokale Referenden in anderen lateinamerikanischen Staaten haben diesbezüglich bereits Erfolge gezeigt.

Es sei wichtig, dass eine Initiative für weitreichende emanzipatorische Veränderungen aus dem Globalen Süden komme, so Brand. „Bei uns dominieren im progressiven Spektrum ja eher Visionen einer Ökologisierung des Kapitalismus. Die herrschenden Kräftever-



Miriam Lang, Professorin für Politische Ökologie an der renommierten Anden-Universität Simón Bolívar in Quito, ist ein aktives Mitglied im Pacto.

hältnisse, die Wachstumsorientierung, die kolonialen Ausbeutungsverhältnisse und die imperiale Lebensweise werden nicht hinterfragt.“ In Lateinamerika ist indes von einem „grünen Kolonialismus“ die Rede. Um ihre Klimabilanzen zu verbessern, sind die Industrieländer auf der Suche nach neuen Rohstoffen. Ganz hoch im Kurs steht im Länderdreieck Argentinien, Bolivien und Chile der Abbau von Lithium für Elektrobatterien – mit unabsehbaren sozialen und ökologischen Folgen. Interesse weckt auch die Gewinnung von Wind- und Sonnenenergie für „grünen Wasserstoff“, beispielsweise in der Halbwüste der Guajira im Norden Kolumbiens. Die überwiegend indigene Bevölkerung wehrt sich seit Jahrzehnten gegen den dortigen Kohleabbau und die dadurch verursachten Vertreibungen und Gesundheitsfolgen.

Und wer gegen Abholzungen oder Bergbauprojekte protestiert, lebt gefährlich: Nach Angaben der NGO Global Witness wurden im vergangenen Jahr 196 Umweltschützer:innen ermordet, 85 Prozent davon in Lateinamerika. „Wir analysieren, wie sich durch regionale oder globale Vernetzung lokale Kämpfe entscheidend beeinflussen lassen“, erläutert Miriam Lang eine zentrale Aufgabe des Pactos.

Das Netzwerk verfällt dabei nicht in klassisch linke Reflexe, wenn es beispielsweise um Venezuela geht. Während die brasilianische Arbeiterpartei PT oder die Bewegung des ehemaligen ecuadorianischen Präsidenten Correa nach den Manipulationen rund um die Wahlen Nicolás Maduro die Treue schworen, hat der Pacto klar gegen den autoritären Stil des venezolanischen Präsidenten Stellung bezogen: „Die pluralistische Linke kämpft immer für mehr Demokratie, nie für weniger.“ ▸

Gerodete Fläche im Amazonas (2023)

Quelle: Instituto Nacional de Pesquisas Espaciais (INPE)

